



Deutscher Bundestag  
Parlamentarischer Beirat  
f. nachhaltige Entwicklung  
  
Ausschussdrucksache  
**20(26)45(neu)**

---

## Positionspapier

# Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit

---

Um menschliches Wohlergehen weltweit zu ermöglichen, müssen die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie heißt es deshalb: „Es gilt, die Grundrechte und -bedürfnisse jedes Menschen zu sichern, ihn vor existenziellen Gefahren zu schützen, seinen Wohlstand zu fördern und ihn zu nachhaltigem Handeln zu befähigen.“

Dabei hat ein Land wie Deutschland als Innovationsstandort, Exportnation und viertgrößte Volkswirtschaft der Welt die Voraussetzungen, diese Ziele sowohl inländisch wie auch auf der Welt zu fördern. Während es insbesondere in strukturschwachen Regionen der Welt um die Schaffung von Grundvoraussetzungen geht, sollte inländisch ein Fokus auf die Ausschöpfung der noch vorhandenen Potenziale gelegt werden.

In den letzten Jahrzehnten haben die weltweite Kindersterblichkeit sowie der Anteil an Analphabetismus abgenommen, dennoch haben die multiplen Krisen der letzten Jahre viele Anstrengungen zur Reduktion von Ungleichheit zunichte gemacht: Die Bekämpfung der globalen Armut verlor bereits vor der Corona-Krise an Fahrt. Durch die Corona-Krise ab dem Jahr 2020 und dem russischen Angriffskrieg ab dem Jahr 2022 gestaltet sich der Erfolg der Armutsbekämpfung langsamer und höchst ungleichmäßig. Daraus resultiert zum ersten Mal seit 25 Jahren ein Wiederanstieg der weltweiten Armut, welcher das Ziel, die Bekämpfung extremer Armut bis 2030, zunehmend unrealistisch macht. Auch hat nach langen Jahren des Rückgangs die Kinderarbeit seit 2016 wieder zugenommen (über 8 Mio. Kinder mehr im Zeitraum von 2016 bis 2020). Auf der anderen Seite wächst der Anteil an Bildung und menschenwürdiger Arbeit. Diese Entwicklung ist positiv. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf, um menschliches Wohlergehen mit größtem Engagement weiter zu verbessern.

Im Inland zeigt sich ein erheblich ausgeprägtes Bewusstsein für Ungerechtigkeiten. Dabei wird neben der Einkommensverteilung soziale Gerechtigkeit auch mit der Frage nach Generationengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit verknüpft. Neben einer sozialen Absicherung stehen dabei gleichrangig die Frage nach Leistung und deren Honorierung im Mittelpunkt gesellschaftlicher Wahrnehmung.

Zur Vermeidung sozialer Ungerechtigkeit in Form von Armut sind Chancengleichheit, die Teilhabe am Arbeitsmarkt sowie Bildungserfolge die aussichtsreichsten Hebel im Inland.

Doch einige können durch eigene Arbeit ohne ergänzende Sozialleistungen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Das führt im Alter häufig zu Altersarmut, denn geringe verfügbare Einkommen führen zu niedrigen Renten.

Insbesondere Erwerbstätige mit unterdurchschnittlichem Einkommen sind im Fall von Arbeitslosigkeit oder Verrentung einer erhöhten Armutsgefährdung ausgesetzt. Das betrifft



auch Teile der unteren Mittelschicht. Hierdurch nimmt die gefühlte und tatsächliche soziale Sicherheit ab.

Materielle Armut geht oft mit „Ernährungsarmut“ einher, d.h. mit einer unausgewogenen Ernährung mit wenig Nährstoffen und zu viel Zucker und ungesunden Fetten. Inzwischen gelten 70 bis 80 Prozent der Erkrankungen als ernährungsbedingt oder ernährungsmitbedingt.

Das wirkt sich auch auf die folgende Generation aus: Maßnahmen für mehr Gesundheitsgerechtigkeit müssen bereits im Kindesalter ansetzen. Studien zeigen, dass Kinder aus bildungs- und sozialbenachteiligten Haushalten sich schlechter ernähren, häufiger übergewichtig und krank sind. Sie bewegen sich weniger und gehen seltener zur Vorsorge. Deshalb braucht es mehrdimensionale Antworten des Sozialstaates, allein höhere Transferzahlungen können hier keine Lösung sein. Geringe finanzielle Ressourcen beeinflussen die Gesamtsituation. Es bestehen Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Dimensionen von Armut. Armut ist also sehr viel mehr als materielle Defizite.

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen in den deutschen Haushalten wirken sich auf die Chancengleichheit aus und erschweren den Aufstieg durch Bildung. Wer in Armut geboren wird bleibt häufig sein ganzes Leben arm. Dies betrifft häufiger Kinder mit eigener Migrationsgeschichte und aus Familien mit Migrationsgeschichte sowie von Alleinerziehenden. Daher gilt es die Chancengleichheit in unserem Land zu stärken, um Armutsketten zu durchbrechen.

In Deutschland braucht es laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) circa sechs Generationen, um von unteren Einkommensschichten das gesellschaftliche Durchschnittseinkommen zu erreichen. Diese im internationalen Vergleich sehr langsame soziale Mobilität ist ein Kernfaktor bei der Verstetigung bestehender Ungerechtigkeiten.

Arm sein vererbt sich nicht zuletzt deshalb oft, weil Bildungserfolg in OECD-Staaten fast nirgends so stark von der sozialen Herkunft abhängt wie in Deutschland. Das steigende Ungleichgewicht zwischen Lebenshaltungskosten und dem verfügbaren Einkommen hat weitreichende Auswirkungen bis hin zur Familienplanung. Diese kann, insbesondere für Frauen, zum wirtschaftlichen Risiko werden.

Kinder aus der Armut zu holen, muss deshalb ein primäres Ziel sein. Die Chancen für Kinder und Jugendliche, die am meisten Unterstützung brauchen, müssen dabei gezielt gefördert und der Schutz von Kinder gestärkt werden. Förderleistungen müssen leichter zugänglich gemacht werden. Ebenfalls muss den neuen und vielfältigen Familienformen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Rechnung getragen werden.

Noch immer treffen soziale Benachteiligungen mit gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen zusammen. So sind von Armut betroffene Menschen auch öfter von Lärm, Luftschadstoffen, den Auswirkungen des Klimawandels und gerade in Städten von fehlenden Grün- und Freiflächen betroffen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels werden v. a. in Innenstädten die negativen Auswirkungen zunehmen. Hier setzt die Umweltgerechtigkeit an. Maßnahmen müssen darauf abzielen, in besonders belasteten Wohnquartieren die Belastungen zu reduzieren und die Ressourcen zu fördern, um gesundheitsfördernde und nachhaltige Wohnquartiere zu schaffen. Wichtig für das Wohnumfeld sind lebendige öffentliche Räume.

Den nachfolgenden Generationen müssen eine saubere Umwelt und ein gesundes Klima, eine sozial gerechte Gesellschaft und tragfähige Staatsfinanzen, eine innovative Wirtschaft und eine moderne öffentliche Infrastruktur hinterlassen werden. Die aktuelle Nutzung der natürlichen



Ressourcen übersteigt die Regenerationsfähigkeit der Erde deutlich. Daher sichern nur eine zeitgemäße Politik der Ressourcenschonung und der effiziente Umgang mit Ressourcen Generationengerechtigkeit. Eine Begrenzung der Nutzung natürlicher Rohstoffe durch eine gezielte Förderung von Ressourceneffizienz sowie der Implementierung einer zirkulären Wirtschaft wird deshalb ein entscheidender Schritt zur Sicherung der Biodiversität und zur Begrenzung des Klimawandels sein.

Generationengerechtigkeit ist auch für einen funktionierenden Sozialstaat wichtig. Der demografische Wandel der Gesellschaft erfordert nachhaltige Finanzierungskonzepte.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) begrüßt daher, dass sich der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung in seiner Sitzung am 27. März 2023 mit dem Thema "Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit" auseinandersetzen wird. Das Positionspapier greift diese Thematik auf und formuliert entsprechende Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung.

Folgende Anmerkungen und Forderungen richtet der PBnE an die Bundesregierung:

### **Arbeit und Einkommen**

1. Eine Vollzeitbeschäftigung in Deutschland muss gute Lebensbedingungen ohne staatliche Hilfe ermöglichen.
2. Die Bundesregierung sollte das Sozialpartnerschaftsmodell auch in Zukunft als ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland stärken. Die Tarifbindung muss gefördert werden.
3. Es bedarf einer besseren Regelung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etwa durch die Stärkung der Betreuungsinfrastruktur. Genauso braucht es einen inklusiven Arbeitsmarkt, der beispielsweise Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen nicht ausschließt. Auch die Arbeitsmarktzugänge von nicht-Staatsangehörigen müssen erleichtert werden.
4. Unternehmen und Selbstständige müssen von unnötiger Bürokratie entlastet werden.

### **Renten- und Arbeitslosenversicherung**

5. Die Rente muss verlässlich und auskömmlich sein.
6. Der Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige muss erleichtert und die Altersabsicherung verbessert werden.
7. Wir brauchen eine nachhaltige und generationengerechte Finanzierung unseres Alterssicherungssystems. Dies kann in einem ersten Schritt durch den Einstieg in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung gelingen, die für das Kollektiv der Beitragszahler dauerhaft eigentums geschützt ist.
8. Die Bildung von Eigentum und private Altersvorsorge müssen vereinfacht werden.



## **Bildung und Chancen**

9. Die Ausbildung von Fachkräften für eine zukunftsfähige Wirtschaft muss sichergestellt werden.
10. Der Zugang zu guter Bildung muss unabhängig vom Haushaltseinkommen und der sozialen Herkunft sein.
11. Das Schulsystem muss inklusiv gestaltet sein. Die Grundlage dazu bildet die UN-BRK.
12. Ziel der Bildungspolitik muss die Befähigung zu einem selbstbestimmten Leben sein. Zusätzlich sollte es durch lebenslange Fort- und Weiterbildung ermöglicht werden, bestehende Defizite abzubauen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen.
13. Die Rechte von Kindern müssen im Grundgesetz verankert und Kinderschutz gestärkt werden.
14. Kinderarmut muss effektiv bekämpft und Förderleistungen leichter zugänglich gemacht werden. Dies kann durch die Einführung einer Kindergrundsicherung gelingen, die aus einem einkommensunabhängigen Garantiebetrag und einem einkommensabhängigen, gestaffelten Zusatzbetrag besteht und die bestehenden Leistungen unbürokratisch bündelt. Mit einem neuen digitalen Kinderchancenportal, in dem Leistungen für Bildung und Teilhabe zu finden sind, kann Kindern ein einfacher Zugang ermöglicht werden. Bei der Leistungsbündelung und Wechselwirkungen mit anderen Leistungen muss durch eine Prüfung sichergestellt werden, dass sich die Erwerbsarbeit für Eltern lohnt.

## **Daseinsvorsorge und gute Lebensbedingungen**

15. Bürokratieabbau muss betrieben werden, um insbesondere Menschen, die von Arbeits- und Wohnungslosigkeit betroffen sind, schnell und unkompliziert zu helfen. Bezahlbaren nachhaltigen bedarfsdeckenden Wohnraum fördern. Wohnungslosigkeit mit Housing First begegnen.
16. Digitale Infrastruktur muss überall bereitgestellt und barrierefrei ausgebaut werden.
17. Die ärztliche/medizinische Versorgung und Pflege muss wohnortnah, auch in ländlichen Regionen, sichergestellt werden.
18. Durch Verpflichtung von privaten Anbietern von Gütern und Dienstleistungen, innerhalb einer angemessenen Übergangsfrist, die Barrierefreiheit stärken. Sofern dies nicht möglich oder zumutbar ist, müssen angemessene Vorkehrungen getroffen werden. Alle öffentlichen Gebäude des Bundes sollten umfassend barrierefrei werden.

## **Gesundheitsgerechtigkeit**

19. Neben einer guten medizinischen Versorgung ist eine gesunde Ernährung die Basis und die wichtigste Präventionsmaßnahme für Gesundheit und menschliches Wohlbefinden.
20. Die Standards der deutschen Gesellschaft für Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung müssen als Standard etabliert werden.



### **Umweltgerechtigkeit**

21. Die Kommunen müssen bei der notwendigen Klimaanpassung vor Ort unterstützt werden.
22. Die zusätzlichen Belastungen durch den Klimawandel müssen sozial abgedeckt werden.